

Änderungsantrag

des Abgeordneten Dr. Müller (Bremen) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Einzelplan 30

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

— Drucksachen 10/5900 Anlage, 10/6322, 10/6331 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Rahmen des ökologischen Umbauprogramms werden in Kapital 30 03 Titelgruppe 02

- Titel 683 24 – Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der ökologischen Forschung, der Umwelttechnologie und Umweltplanung – um 23 000 000 DM auf 133 000 000 DM,
- Titel 892 24 – Investitionszuschüsse für ökologische Forschung und Umwelttechnologie – um 60 000 000 DM auf 120 000 000 DM

erhöht.

Bonn, den 18. November 1986

Dr. Müller (Bremen)
Borgmann, Hönes und Fraktion

Begründung

Der nach wie vor ungebremsste Eintrag von Schadstoffen in die Biosphäre, der sich allenfalls erst in einigen Jahren in Teilbereichen verringern wird, und die Beobachtung, daß Schädigungen der Umwelt zunehmend schneller auftreten und ein lebensgefährliches Ausmaß erreichen, machen auch in der Forschungspolitik eine drastische Ausweitung der Aufwendungen für Vor- und Nachsorge notwendig. Um Umweltkatastrophen zu vermeiden oder wenigstens einzudämmen, müssen die Finanzmittel bis an die Grenze der Absorbierbarkeit durch die Forschungsinstitutionen und Institute hochgefahren werden. Die knapp 9%igen Steigerungsraten, die die mittelfristige Finanzplanung vorsieht, reicht nach Ansicht der GRÜNEN bei weitem nicht aus. Wenn in Einzelfällen Steigerungsraten von 100 % und mehr vorkommen oder

vorgekommen sind [z.B. bei Laserforschung + 275 % in zwei Jahren; z.B. indirekte Förderung des F+E-Personals in der Wirtschaft von 1985 (Soll) bis 1986 (Soll)] und der Etat einiger Großforschungseinrichtungen sich in zwei Jahren um 60 % bis 80 % vergrößern kann (Gesellschaft für Schwerionenforschung, Gesellschaft für biotechnologische Forschung), dann erscheint eine 40 %ige Steigerung von 95 Mio. DM (Soll 1986) auf 133 Mio. DM (hier für 1987 beantragt) für die Ausgaben von F+E angemessen.

Für Investitionen ist eine weit stärkere Anhebung der Förderung unerlässlich. Einmal ist hier durch Festlegungen aus früheren Jahren der Spielraum für zusätzliche Projekte kleiner, zum anderen kann hier eine Selbstbeteiligung der Industrie auch kleiner als die vorgesehenen 50 % sein, wenn dies dazu beiträgt, daß mehr sinnvolle Demonstrationsprojekte aufgebaut werden.

Demonstrationsprojekte haben auch den Zweck, neue Möglichkeiten und Alternativen zur Umweltvorsorge und zur Beseitigung von Altlasten bei Betroffenen und Verantwortlichen bekanntzumachen, dafür zu werben, und Mißtrauen gegen neue, unkonventionelle Lösungen abzubauen.

Die GRÜNEN halten verstärkte Fördermaßnahmen in Form von Demonstrationsprojekten für überaus notwendig, weil

- das Verursacherprinzip bei der Altlastensanierung häufig nicht anwendbar ist und es kaum ein Eigeninteresse der Wirtschaft an zusätzlichen Maßnahmen in diesem Bereich gibt;
- auch ordnungspolitische Maßnahmen allein noch keinen ausreichenden Druck erzeugen, um Projekte der Vorsorgeforschung bei den Forschungsinstitutionen zu initiieren und zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Hierbei spielt die „Marktnähe“ eine untergeordnete Rolle solange von den Umweltverschmutzern die entstandenen Schäden und die Kosten ihrer Beseitigung auf die Allgemeinheit abgeschoben werden können.

Die geplante sanfte Steigerung der Ausgaben für ökologische Forschung ist forschungspolitisch inkonsistent. Entweder liegt schon heute ein erkennbarer und bekannter Forschungsbedarf vor. Dann ist es verantwortungslos, die kritischen Bereiche erst in einigen Jahren mit der angemessenen Summe zu fördern. Wenn andererseits ein erhöhter Forschungsbedarf erst für 1989 erwartet wird, so unterstellt dies, daß sich Umweltkatastrophen bereits heute abzeichnen. Darauf nur mit zukünftigen, verstärkten Forschungsausgaben zu reagieren und das offenbare Handlungsdefizit nicht sofort anzugehen, halten die GRÜNEN für zynisch. Solange eine wirksame Umweltpolitik, die über die Internalisierung der Umweltkosten und -effekte ein Eigeninteresse der Wirtschaft bzw. der Kommunen stimuliert, noch fehlt, bleibt die angebotsorientierte Forschungsförderung ein Notbehelf, der zumindest die technische Weiterentwicklung vorantreibt, bis eine Umkehr in der Umweltpolitik tatsächlich stattgefunden hat.